

Verdacht auf Pädophilie bei Priestern: Zwei der fünf Fälle werden weiter untersucht

Die Justiz hat **Voruntersuchungen** gegen fünf Priester geführt. Nebst dem fehlbaren Kapuziner wird noch gegen einen andern Priester weiterermittelt.

IRMGARD LEHMANN

Die Untersuchungsrichterin Yvonne Gendre hat gegen fünf Priester bezüglich Verdacht auf Pädophilie eine Voruntersuchung eröffnet. Drei Verfahren hat sie eingestellt – zwei davon, weil die Priester unterdessen verstorben sind, und in einem Fall bestätigten sich die Verdachtsmomente nicht. Das vierte Verfahren hat Gendre an die Neuenburger Behörde weitergeleitet. Es geht um Vorfälle aus den Jahren 2000 und 2001. Je nachdem, ob sie als sexuelle Nötigung oder als Ausnützung einer Notlage eingestuft werden, sind die Vorwürfe verjährt.

Schlagzeilen macht hingegen der fünfte Fall. Über die Untersuchungsergebnisse zum Fall des Kapuziners J.A. informierte



Im Bistum ist man froh, dass keine weiteren «Offenbarungen» ans Tageslicht kamen.

Bild Alain Wicht/a

am Montag Untersuchungsrichterin Yvonne Gendre ausführlich. Der heute 68-jährige Priester hat sich an 24 Jugendlichen vergangen. Die Taten soll er seit den 50er-Jahren bis 1995

in der Schweiz und in Frankreich begangen haben. (J.A. lebte von 1968 bis 1970 auch im Kapuzinerkloster Freiburg.)

Bis auf einen Fall – allenfalls zwei Fälle – sind die Taten allerdings verjährt. Die Tat aus dem Jahre 1995 hat sich in Grenoble zugetragen. Somit muss vorerst die französische Justiz das Dossier an die Hand nehmen. Sollte der Geistliche allerdings in Frankreich nicht zur Rechenschaft gezogen werden, geht das Dossier an die Schweiz zurück, sagte Gendre vor den Medien: «Wenn er in Frankreich nicht verurteilt wird, hat sich das Gericht des Kantons, in welchem der Kapuziner lebt, der Sache anzunehmen.»

Über den Wohnort des Priesters wollte Gendre allerdings

nicht informieren. Sie erklärte lediglich, dass der 68-Jährige gesundheitlich angeschlagen und in psychiatrischer Behandlung sei und in der Schweiz wohne.

Kein Verständnis hatte die Untersuchungsrichterin für das Vorgehen des Bistums, damals noch unter Bischof Mamie. Den Gerüchten und Hinweisen sei man nicht nachgegangen, sondern habe den Priester einfach abgeschoben. J.A. habe die Vorwürfe auch von sich gewiesen und mit seinem Charisma und seiner professionellen Kompetenz auch ein gewisses Vertrauen genossen.

Medien deckten die Affäre auf

Zwar hat das Bistum unter Bischof Mamie das Arbeitsver-

hältnis mit dem Kapuzinerpaar bereits 1989 aufgelöst, reichte aber keine Strafanzeige bei einer weltlichen Behörde ein.

Auch der Orden nahm Hinweise und Gerüchte auf die leichte Schulter. So ganz nach dem Motto «Aus den Augen, aus dem Sinn» schickte der Kapuzinerorden den Täter einfach an einen andern Ort in Frankreich.

Vor zwei Jahren fand der Priester im Kapuzinerkloster Montcroix in Delsberg Unterschlupf, und da kam der Stein ins Rollen. Der Fall des Kapuziners wurde im Januar bekannt, nachdem die französischen Behörden den jurassischen Staatsanwalt ersucht hatten, den Kapuziner einzuvernehmen. Dank Recherchen einiger Medien kam der Fall ans Tageslicht.

Krise:

Was sagt das Bistum dazu?

Die Verdächtigungen haben das Bistum Lausanne-Genève-Freiburg seit letztem Dezember immer wieder erschüttert. So hatte im Januar das Bistum selber zwei Priester angezeigt.

Hotline eingerichtet

In der Folge zog Bischof Bernard Genoud aus der Krise die Konsequenzen, richtete eine Hotline ein und setzte eine Kommission ein, die sich mit den Affären um die pädophilen Priester zu befassen hatte. (Präsidentin ist die ehemalige Freiburger Untersuchungsrichterin Françoise Morvant.) Die Kommission hat den Auftrag, einen Bericht zuhanden der Bistumsleitung zu verfassen. Dieser soll am kommenden Freitag den Medien vorgestellt werden.

Wie Bischofsvikar Marc Donzé gegenüber den FN sagt, respektiert das Bistum die Untersuchung: «Wir sind froh, dass die Untersuchung keine neuen Offenbarungen an den Tag gebracht hat, sondern lediglich jene belegt, die bereits seit Anfang Jahr bekannt sind.» Man hoffe auch, dass nun wieder Ruhe einkehre.

Mit offenen Karten gespielt

Ob jetzt auf das Bistum ein weiteres Mal ein schlechtes Licht falle? «Nein», versicherte Donzé. Das Bistum habe mit offenen Karten gespielt und nach der Wahrheit gesucht.

Die Hotline wird weiterhin bestehen bleiben. *il*

Rückblick

Gravierender als angenommen

Der Fall des Kapuziners ist weit gravierender, als bisher bekannt wurde. Laut Untersuchungsrichterin Yvonne Gendre sei es ursprünglich um acht Knaben gegangen. Nach der Einvernahme des Kapuziners sei die Zahl dann auf 24 gestiegen. Der Kapuziner – damals noch Student in einem Walliser Internat – soll sich erstmals im Jahr 1958, als er 18

Jahre alt war, an einem Knaben vergangen haben. Von 1968 bis 1972 hat er in Freiburg einen Ministranten missbraucht, und von 1985 bis 1986 verging er sich als Jugend animator der Pfarrei von Lully (Broyebezirk) an einem anderen Kind – später an seinem Neffen. Den letzten Missbrauch soll er 1995 begangen haben. *il*

Lieber einen eingeschränkten Schutz als gar keinen

Die Freiburger Gesundheitsligen fordern einen dringenden Schutz vor Passivrauchen. Um dies umzusetzen, plädieren die sechs Vereinigungen für ein doppeltes Ja am 30. November, mit Bevorzugung der Initiative.

PASCAL JÄGGI

FREIBURG Die Befürchtung eines völligen Schiffbruchs überwiegt bei den Gesundheitsorganisationen (Krebsliga, Diabetes-Gesellschaft, Lungenliga, Fachstelle für Tabakprävention (CIPRET), Zentrum für Brustkrebs-Früherkennung, Krebsregister) den Glauben an ein Durchkommen der Initiative «Passivrauchen und Gesundheit». Zwar stellten sich alle Redner zum Kampagnenstart am Montag klar hinter die Initiative, da es aber zum ersten Mal in der Schweiz zu einer doppelten Abstimmung um einen derart strikten Schutz vor Passivrauchen kommt, wollen die Ligen das Risiko nicht eingehen,

dass weder der eine noch der andere Vorschlag durchkommt und Freiburg am Abend des 30. November ohne Rauchverbot in Beizen und Bars dasteht. Aus strategischen Überlegungen fordern die Gesundheitsligen die Bevölkerung deshalb auf, zweimal Ja zu stimmen und schliesslich in der Stichfrage die Initiative zu unterstützen.

Glücklich sind die Organisationen mit der doppelten Abstimmung jedoch nicht. «Die Bevölkerung will, dass etwas passiert, in Genf wurde beispielsweise nur über eine Initiative abgestimmt, die deutlich angenommen wurde. Unsere Situation präsentiert sich leider komplizierter», bedauerte Jacques Savoy, Präsident der Lungenliga.

Prävention bleibt auf der Strecke

Daniel Betticher, Vizepräsident der Krebsliga, machte keinen Hehl daraus, dass er dem grossrätlichen Kompromiss nicht viel abgewinnen kann. Ein wichtiger Punkt, nämlich die Prävention, gehe dabei unter. Anhand einer Stu-

die aus dem US-Bundesstaat Massachusetts zeigte der Onkologe auf, dass in Orten, die Fumoirs erlaubten, die Anzahl Raucher über einen gewissen Zeitraum nicht zurückging, in solchen mit striktem Rauchverbot diese Zahl jedoch rund zehnmal weniger betrug.

Gegenvorschlag bringt mehr Bürokratie

Auch von politischer Seite kam Support, Jean-François Steiert (SP) und Marie-Thérèse Weber-Gobet (CSP) stellten sich hinter das zweifache Ja, ebenfalls mit klarer Präferenz für die Initiative. Weber-Gobet betonte dabei, dass der Gegenvorschlag einen grossen bürokratischen Aufwand mit sich bringe, da Beizen mit Fumoirs regelmässig kontrolliert werden müssten. Steiert hielt die freie Wahl des Arbeitsplatzes für eine Illusion, er befürchtete, dass Angestellte unfreiwillig in Restaurants mit Fumoir werden arbeiten müssen. Die Gesundheitsligen wenden für ihre Kampagne rund 80 000 Franken auf, wie Direktorin Rose-Marie Ritterer erläuterte.

Budget, Raumplanung und Wahlen

Heute Dienstag beginnt die November-Session des Grossen Rates. Für Spannung dürfte der Donnerstag sorgen, wenn die Wahlen anstehen.

ARTHUR ZURKINDEN

FREIBURG Der Beginn der November-Session ist jeweils der Budgetdebatte reserviert. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit dürfte das Kantonsparlament aber am Donnerstag auf sich lenken.

Yvonne Stempfel höchste Freiburgerin im Jahre 2011?

An diesem Tag werden der Präsident und die Vizepräsidenten des Grossen Rates, der Staatsratspräsident und der Präsident des Kantonsgerichts für das kommende Jahr gewählt. So dürfte der bisherige erste Vizepräsident, Pierre-André Page (SVP, Châtonnaye), zum Grossratspräsidenten 2009 gewählt werden. Die zweite Vizepräsidentin Solange Berset (SP, Belfaux) wird zur ersten Vizepräsidentin gewählt. Als zweite Vizepräsidentin schlägt die CVP-Fraktion Yvonne Stempfel Horner aus Guschelmuth vor. Somit dürfte der Seebezirk im Jahre 2011 wiederum eine Grossratspräsidentin stellen.

Zuletzt war Elisabeth Leu-Lehmann (SVP, Fräschels) als Vertreterin des Seebezirks höchste Freiburgerin. Neuer Staatsratspräsident wird der diesjährige Vizepräsident Claude Lässer.

Optimistisches Budget?

Der Staatsvoranschlag 2009 sieht einen Überschuss in der Laufenden Rechnung von rund 700 000 Franken vor. Finanzdirektor Claude Lässer erwartete ein gutes Jahr 2009, als er am 1. Oktober den Medien das Budget vorstellte. Trotz Steuersenkungen von 47 Mio. Franken, die im nächsten Jahr zum Tragen kommen, rechnet er mit zusätzlichen Steuereinnahmen von 57,8 Mio. Franken. Gerade im Monat Oktober musste aber die Welt zur Kenntnis nehmen, dass die Finanzkrise viel deutlichere Spuren hinterlassen wird als vor kurzem noch angenommen. Allerdings sind die grossen Finanzplätze der Schweiz bezüglich Steuerzufälle ganz anders von der Finanzkrise betroffen als Freiburg. Ein Thema

dürfte aber die Finanzkrise dennoch sein.

Wie in der Oktober-Session wird das neue Raumplanungs- und Baugesetz einige Zeit in Anspruch nehmen. So ist die Sitzung vom Donnerstag und die Abend Sitzung vom Mittwoch, 12. November, dieser Gesetzesrevision gewidmet.

Drittes Studienjahr in der Humanmedizin

Am Freitag wird der Grosse Rat entscheiden, ob an der Universität während drei statt wie bisher zwei Jahren Medizin studiert werden kann, und dies mit einem Bachelor-Abschluss. 27,4 Mio. Franken kostet dieses dritte Jahr in der Einführungsphase von 2009 bis 2013. Einmal in Vollbetrieb dürften die jährlichen Mehrkosten noch 3,7 Mio. Franken betragen.

Der Grosse Rat wird in dieser Woche auch Kenntnis nehmen von wichtigen Berichten des Staatsrates, u. a. betreffend die Alterspolitik und die medizinische Grundversorgung in den ländlichen Regionen.